

## **Land ohne Nachwuchs**

Unlängst hat das Statistische Bundesamt eine Bevölkerungsprognose für die nächsten vier Jahrzehnte publiziert. Die Statistiker berechneten an Hand von Schätzungen der künftigen Geburten- und Sterberaten, der daraus abgeleiteten Lebenserwartung und schließlich der Zu- und Abwanderung, dass die Einwohnerzahl der Bundesrepublik schrumpfen wird. Demnach werden im Jahr 2030 zwischen 79,2 und 82,3 Millionen Menschen hierzulande leben. In der vorhergehenden Prognose aus dem Jahr 2003 hieß es noch, dass im Jahr 2030 fast 84 Millionen Einwohner die Bundesrepublik bevölkern würden.

Bei niedrigen Geburtenraten und längerer Lebenserwartung verschieben sich zwangsläufig die Relationen zwischen den Altersgruppen. Sicher ist, in der Bundesrepublik werden künftig mehr Rentner und weniger Jugendliche leben. Der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre) wird immer kleiner. Die Altersgruppe werde von aktuell 61 Prozent bis 2030 auf 54 Prozent schrumpfen, ergab auch eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO und des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI).

In der Öffentlichkeit wurden aus der Prognose schlichte Schlüsse gezogen: Eine vermeintlich untragbare Belastung künftiger Generationen durch die Übermacht der Rentner wird als Schreckensbild verbreitet. Unabwendbar bleibt da der Abbau sozialpolitischer Standards: „Nur die Rente mit 74 kann Deutschland noch helfen“ wurde zum gängigen Slogan. Die Behauptungen wurden aber durch Demografen wie Gerd Bosbach und Sozialforscher wie Johannes Steffen längst widerlegt. Ihre Begründungen sind überzeugend: Steigende Arbeitsproduktivität, geringere Arbeitslosigkeit und ein Stopp der Umverteilung zu Lasten der lohnabhängigen Bevölkerung lassen die „Rentnerlast“ auf ein Normalmaß schrumpfen.

Wesentlich interessanter, allerdings mit geringerer öffentlicher Aufmerksamkeit bedacht, sind andere Feststellungen aus der Prognose. So schreiben die Statistiker: „Der Trend zur späteren Familiengründung setzt sich fort. Der Anteil der Frauen, die noch vor ihrem 30. Geburtstag das erste Kind bekommen, nimmt dadurch weiter ab.“ Anfang der 1970er Jahre waren Frauen im früheren Bundesgebiet demnach bei der ersten Geburt durchschnittlich 24,3 Jahre alt – 2013 bereits fast 30. Noch jünger waren die Frauen in der DDR, wenn sie ihr erstes Kind bekamen: Bei 22,4 Jahren lag das Durchschnittsalter Erstgebärender im Jahr 1970. Nach der Wende stieg das Alter bei der Familiengründung in den neuen Bundesländern dafür umso schneller. 2013 bekamen ostdeutsche Frauen ihr erstes Kind im Alter von 28 - fünf Jahre später als 1989. Das Hauptproblem aus demografischer Sicht: „Damit verengt sich zunehmend die Lebensphase, in der Frauen Familien gründen und weitere Kinder bekommen können“, so die Statisti-

ker.

Dieser Sinneswandel bei der Familiengründung hat ganz profane Gründe, die allerdings in der Prognose nicht beschrieben werden. 2014 betrug das von der Bundesregierung anerkannte Existenzminimum monatlich 696 Euro. Im Jahr 2013, hier liegen die aktuellsten Durchschnittsdaten über das monatliche Nettoeinkommen vor, verfügten 14 Prozent aller Personen im Alter von 20 bis 25 Jahren über gar kein Einkommen. 44 Prozent aller Personen in dieser Altersklasse hatten nicht einmal 700 Euro zur Verfügung – lagen mit ihren Einnahmen also unter dem offiziellen Existenzminimum.

In der Altersklasse der 26 bis 30-Jährigen verbessern sich diese Relationen nicht grundlegend: Ohne Einkommen sind immerhin noch 5,7 Prozent dieser Altersgruppe, ein Fünftel (21 Prozent) lebt unter dem Existenzminimum. Unter diesen Bedingungen eine Familie zu gründen, ist ein Wagnis, das offenbar immer weniger Menschen eingehen wollen.

Laut der HWWI-Studie hat Deutschland inzwischen die weltweit niedrigste Geburtenrate. Demnach wurden in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt 8,3 Kinder je 1000 Einwohner geboren. Das liegt unter dem Niveau des bisherigen Schlusslichts Japan (8,4). Bei den EU-Ländern schneiden nur Portugal (8,9) und Italien (9,2) ähnlich schlecht ab. Die anderen großen EU-Länder haben deutlich höhere Geburtenraten, etwa Frankreich und Großbritannien mit jeweils 12,7 Geburten auf 1000 Einwohner. Laut Aussage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kamen in der Bundesrepublik zwischen 2002 und 2013 nur halb so viele Kinder zur Welt wie im Jahr 1964.

---

Zuerst erschienen in: Neues Deutschland am 1. Juni 2015